

**Redebeitrag von Annekathrin Giegengack,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Chemnitz
am 17.01.2006
zum Antrag „Bürgerinformationsveranstaltung für den Bereich des vorderen Kassberges“**

Sehr geehrte Frau Ludwig, meine Damen und Herren,

Die Oberbürgermeisterin hat uns in der letzten Stadtratssitzung ausführlich erklärt, wie sie die Bürgerinnen und Bürger mehr in die Kommunalpolitik einbeziehen will. Mit dem heutigen Antrag nehmen wir Sie beim Wort – Frau Ludwig. Und eigentlich müssten wir uns freuen. Unser Antrag zur Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Justizzentrum Kaßberg ist sofort auf die Tagesordnung des Stadtrates gekommen und Frau Wessler teilt mit, dass sie bereit wäre, zeitnah eine solche Bürgerinformationsveranstaltung auch durchzuführen.

Doch ein bitterer Beigeschmack bleibt - die Standortentscheidung für das Justizzentrum ist definitiv gefallen.

Zwar hat nach Aussage von Frau Ludwig die Stadt alles in ihrer Macht stehende versucht, den Freistaat zu bewegen, das Justizzentrum in der Innenstadt zu bauen. Und wir möchten dies auch gern glauben, aber es verwundert jedoch, wenn auf die Frage eines Landtagsabgeordneten, ob der Stadt Chemnitz die Möglichkeit eingeräumt worden sei, die Entscheidung zu Gunsten der wirtschaftlichsten Variante durch das Angebot eines kostengünstigen bzw. kostenfreien Grundstückes in der Innenstadt zu beeinflussen, Staatsminister Metz mitteilt - ich zitiere -: „Der Stadt Chemnitz wäre es in diesem Verfahrensstadium nicht verwehrt gewesen, den Bietern entsprechende kommunale Liegenschaften zu benennen.“

Auch in Bezug auf einen Bebauungsplan gibt es nichts mehr zu verhandeln. Wie uns auf Anfrage mitgeteilt wurde, wird es keinen Bebauungsplan geben - der die Beteiligung der Öffentlichkeit sicher gestellt hätte - da dem Freistaat schon vor Monaten eine Bebaubarkeit des Areals auf dem Kaßberg nach § 34 Baugesetz von der Verwaltung zugesichert wurde.

Doch es ist müßig, all das wieder aufzurollen, denn – wie gesagt, die Messen sind gelesen. Mittlerweile ist der Bauantrag eingereicht – mit – wie wir heute aus der Freien Presse erfahren durften - noch weniger Parkplätzen als ursprünglich vorgesehen, nämlich 278 anstatt 303. Die Baugrube ist bereits teilweise ausgehoben.

Jetzt kann die Stadt nur noch versuchen, das drohende Konfliktpotential vor Ort zu entschärfen. Dazu sollten zuallererst einmal die Anwohner und Anlieger angemessen informiert werden und ihnen Gelegenheit gegeben werden, ihre Fragen und Bedenken zu formulieren.

Dabei ist es unerlässlich, die Bürger auch ernst zu nehmen. D.h. man kann die Bürger bei der Frage, wie das infrastrukturell mit dem Justizzentrum auf dem vorderen Kaßberg funktionieren soll, nicht damit abspeisen, daß bei der erstmaligen Bebauung der Hohen Straße im ausgehenden 19. Jhd. ja mehrere Verwaltungsgebäude dort geplant waren und deshalb keine weiteren infrastrukturellen Maßnahmen vorgesehen seien. Da fühlt sich kein Bürger mehr ernst genommen.

Wir begrüßen, dass Frau Wessler die von uns vorgeschlagene Bürgerinformationsveranstaltung Ende Februar Anfang März avisiert. Ja, diese Veranstaltung sollte bald stattfinden, - denn das, was Frau Ludwig mit Ihren Vorstellungen von einer Bürgerkommune erreichen will – nämlich dass sich die Einwohner mit ihrer Stadt identifizieren, sich einbringen, ihre Vorstellungen vortragen anstatt sich resigniert abzuwenden, droht auf dem vorderen Kaßberg zu scheitern.

Ich möchte Ihnen Frau Ludwig über 200 Protestunterschriften von Anwohnern und Anliegern übergeben und bitte Sie meine Damen und Herren um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.